

Difu-Umfrage

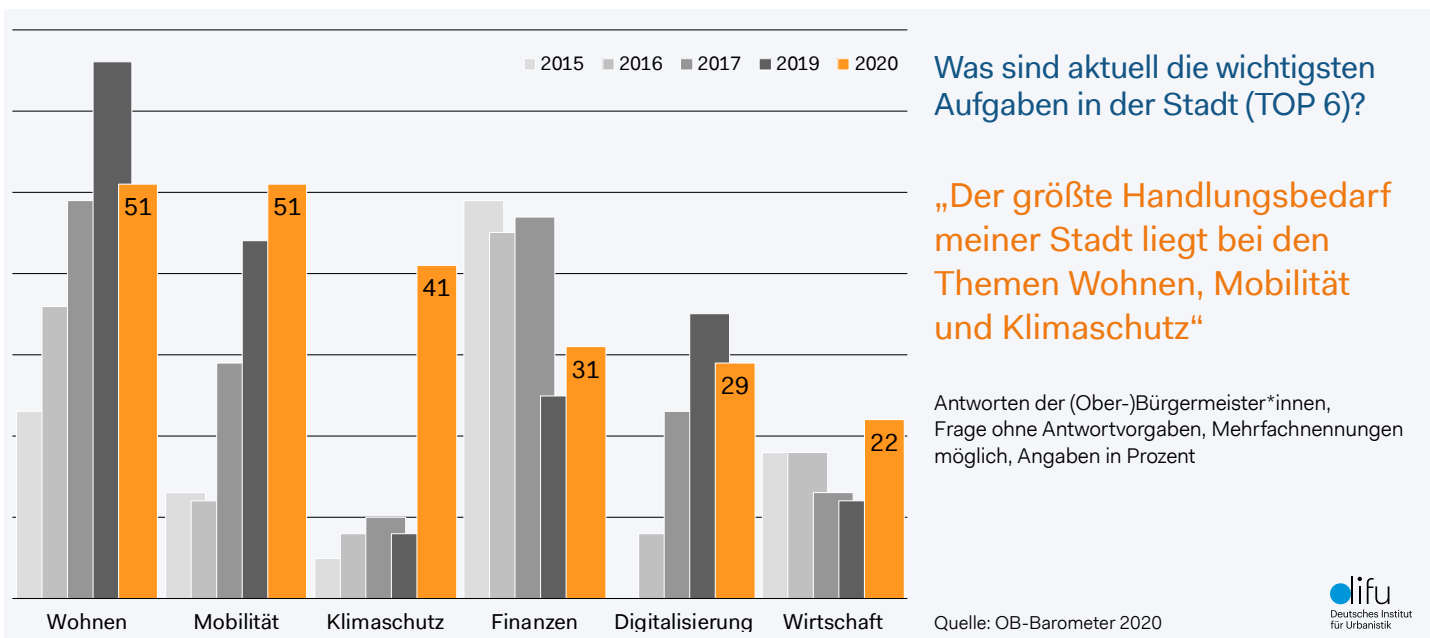
Klimaschutz ist wichtigste Zukunftsaufgabe der Städte

Die Zahl der Stadtspitzen, die beim kommunalen Klimaschutz einen wachsenden Handlungsbedarf sehen, hat sich gegenüber dem Vorjahr mehr als verdreifacht. Das ist das Ergebnis der Difu-Städteumfrage „OB-Barometer 2020“

Die Schaffung bezahlbaren Wohnraums, neue Mobilität und der Klimaschutz sind aktuell die Prioritäten deutscher Städte. Das Thema Finanzen gewinnt bereits vor Beginn der Corona-Pandemie gegenüber dem Vorjahr wieder an Bedeutung. Mit den Auswirkungen der Krise hat sich die Einschätzung der kommunalen Finanzlage inzwischen dramatisch verändert. Ungeachtet dessen sind und bleiben die von den Stadtspitzen benannten Zukunftsaufgaben und die entsprechenden Finanzierungsbedarfe auch nach der Krise hoch. Über die Gesamtheit der Städte hinweg ist insbesondere mit den Aufgabenbündeln Mobilität und Klimaschutz ein hoher Finanzierungsbedarf verbunden.

Dies sind einige der Ergebnisse der Umfrage „OB-Barometer 2020“ des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu), einer seit 2015 jährlich durchgeführten Befragung der (Ober-)Bürgermeister*innen großer deutscher Städte. Die diesjährige Umfrage wurde im Januar und Februar 2020 durchgeführt und gibt ein Meinungsbild vor der Corona-Krise wieder. Gefragt wird nach aktuellen und künftigen Aufgabenschwerpunkten, um Veränderungen frühzeitig erkennen und darauf reagieren zu können. Die befragten Stadtspitzen benennen dabei u.a. die aktuell wichtigsten Aufgabenfelder der eigenen Stadt, sie prognostizieren künftige Prioritätensetzungen und bewerten, inwiefern sich kommunale Rahmenbedingungen in verschiedenen Bereichen ändern müssen.

Grafik 1



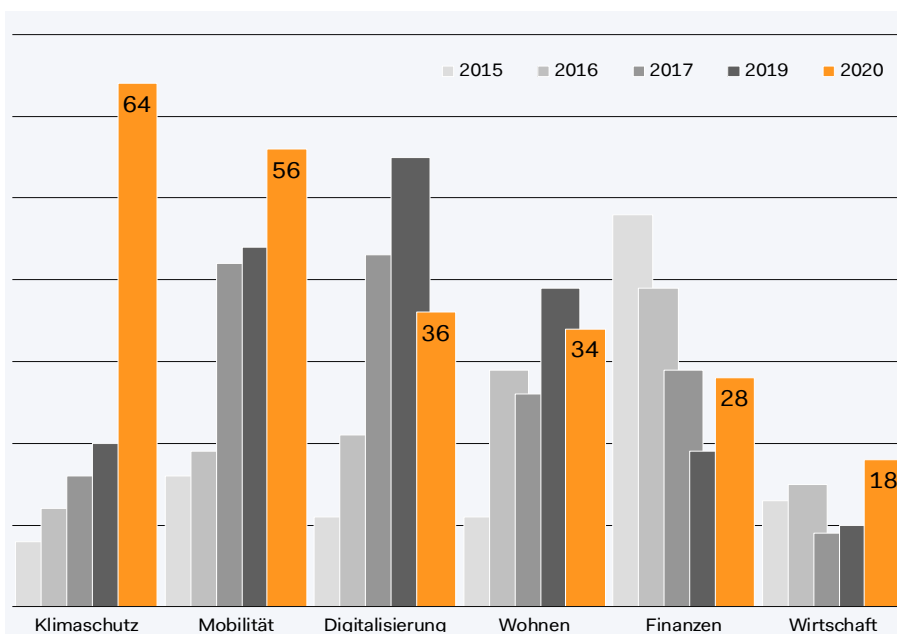
Was sind aktuell die wichtigsten Aufgaben in der eigenen Stadt?

Wohnungsbau und die Schaffung von (bezahlbarem) Wohnraum haben nach wie vor die höchste Priorität in den Städten (Grafik 1). Nachdem das Thema in den vergangenen fünf Jahren für die befragten Stadtspitzen stetig an Dringlichkeit gewonnen hat, hat das Politikfeld in der diesjährigen Umfrage allerdings an Bedeutung verloren. 51 % der Befragten erachten es als aktuell wichtigste Aufgabe, 2019 lag der Anteil noch bei 66 %. Die Handlungsfelder, die 2020 deutlich stärker in den Fokus rücken, sind Mobilität (51 %) und insbesondere Klimaschutz. Der Anteil derer, die Klimaschutz als wichtige Aufgabe ihrer Stadt sehen, ist von 8 % auf über 40 % angestiegen und hat sich somit verfünffacht. Das Thema kommunale Finanzen (31 %) nimmt bereits zum Zeitpunkt der Umfrage Anfang 2020 – also vor Beginn der Corona-Pandemie – einen höheren Stellenwert ein (2019: 25 %). Der Grund dürfte in der bereits zum damaligen Zeitpunkt leicht abgeschwächten Konjunktur und in den komplementär nicht mehr so stark steigenden Steuereinnahmen zu sehen sein. Man muss kein Prophet sein, um zu antizipieren, dass dieser Wert bei der ersten Nach-Corona-Befragung wieder in der Größenordnung der Jahre 2015 bis 2017 liegen dürfte, als Finanzen unter den Top 3 der Herausforderungen der Städte zu finden waren. Ähnliche Veränderungen sind bei der Digitalisierung zu erwarten. Das Handlungsfeld hat sich nach stetigem Anstieg in den letzten Jahren auf einem nur leicht niedrigeren Niveau – bei einem Wert von 29 % – stabilisiert. Die Corona-Krise verdeutlicht, welchen Einfluss die Digitalisierung gerade auch auf die Arbeitsfähigkeit kommunaler Einrichtungen hat. Es wird sich zeigen, inwieweit sich diese Erfahrungen auf die Bedeutung des kommunalen Handlungsfeldes Digitalisierung niederschlagen.

Welche Themen werden künftig für die Städte an Bedeutung gewinnen?

Der Schutz des Klimas und die Anpassung an die Folgen des Klimawandels werden für die Städte in Zukunft einen höheren Stellenwert einnehmen. Diese Erkenntnis bleibt durch die Corona-Krise unbeeinflusst. Knapp zwei Drittel der Befragten (64 %) nennen den Klimaschutz als wichtiges kommunales Zukunftsthema (Grafik 2). Damit hat sich die Zahl der (Ober-)Bürgermeister*innen, für die dieses kommunalpolitische Handlungsfeld an Gewicht gewinnt, im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdreifacht. Die Klärung der Frage, wie stark dieses Ergebnis durch die Proteste der Fridays-for-Future-Bewegung beeinflusst war, bleibt zukünftigen Umfragen vorbehalten. Mehr als die Hälfte der Befragten (56 %) sieht ferner einen wachsenden Handlungsbedarf im Bereich Mobilität. Das Thema, das bereits im Vorjahr auf Platz zwei der Zukunftsthemen lag, hat damit für die Stadtspitzen nochmals an Bedeutung gewonnen. Das mag auch damit zu tun haben, dass urbane Mobilität ein wesentlicher Aspekt des kommunalen Klimaschutzes ist. Das Top-Zukunftsthema der beiden Vorjahre, die Digitalisierung, liegt dieses Jahr auf Platz drei der wichtigsten kommunalpolitischen Zukunftsthemen. Gut ein Drittel der Befragten (36 %) geht davon aus, dass die Städte der Digitalisierung in den nächsten fünf Jahren einen höheren Stellenwert einräumen. Weitere kommunalpolitische Themen, denen die Befragten in Zukunft eine besonders hohe Priorität beimessen, sind die Schaffung bezahlbaren Wohnraums, die Finanzlage der Städte und die Stärkung der kommunalen Wirtschaft.

Grafik 2



Welche Themen werden künftig für die Städte an Bedeutung gewinnen (TOP 6)?

„Klimaschutz und neue Mobilität sind, neben der Digitalisierung, die wichtigen Zukunftsthemen“

Antworten der (Ober-)Bürgermeister*innen, Frage ohne Antwortvorgaben, Mehrfachnennungen möglich, Angaben in Prozent

Quelle: OB-Barometer 2020

Exkurs: Kommunale Finanzlage in und nach Corona-Zeiten

Die Stadtspitzen werden standardmäßig danach befragt, wie hoch sie den Finanzbedarf hinsichtlich zukünftig wichtiger politischer Themen einschätzen. Die Ergebnisse des diesjährigen „OB-Barometers“ bedürfen in Anbetracht der Ereignisse der letzten Monate einer kritischen Reflexion. Mit der Corona-Krise hat sich die kommunale Finanzlage und deren Einschätzung in kurzer Zeit dramatisch verändert. Es kommt einer Zäsur gleich, dass die meisten Kommunen statt mit Haushaltsüberschüssen und sinkender Verschuldung nun mit einbrechenden Einnahmen, wachsenden Ausgaben und einer wieder ansteigenden Verschuldung rechnen müssen. Die Mai-Steuerschätzung geht für 2020 von einem Einnahmerückgang der Kommunen um 15,5 Milliarden Euro aus, 13 % weniger als im November 2019 geschätzt. Es entstehen auch Mehrausgaben, vor allem bei den Sozialleistungen, und höhere Defizite beim öffentlichen Personennahverkehr und im Bereich kommunaler Krankenhäuser. Das staatliche Konjunkturpaket mit einem Ausgleich der Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer und der dauerhaften Erhöhung des Finanzierungsanteils des Bundes bei den Kosten der Unterkunft ist ein starkes Signal des Bundes für handlungsfähige Kommunen. Richtig ist auch, dass der Bund seine öffentlichen Investitionsprogramme mit deutlich mehr Geld ausstattet und dabei dem Gedanken der Transformation, also zukunftsorientierten Investitionen (z. B. Klimaschutz, Digitalisierung), Priorität einräumt.

Dennoch ist zu befürchten, dass viele Kommunen mit Ausgabenkürzungen auf die haushaltspolitischen Herausforderungen reagieren. Dass dabei disponible Ausgaben, insbesondere nicht dringend notwendige Investitionen, auf dem Prüfstand stehen, ist wahrscheinlich. Jede zweite Kommune erwartet nach einer Umfrage unter den Kommunen des KfW-Kommunalpanels 2020, dass es zu einer Verschiebung von Investitionen innerhalb der Haushalte zugunsten „systemrelevanter“ Bereiche wie der Gesundheitsversorgung oder dem Katastrophenschutz in den Kommunen kommt. (Brand, S., J. Steinbrecher und E. Krone (2020): Kommunalfinanzen in der Corona-Krise: Einbruch erwartet, Investitionen unter Druck, KfW Research Nr. 289.)

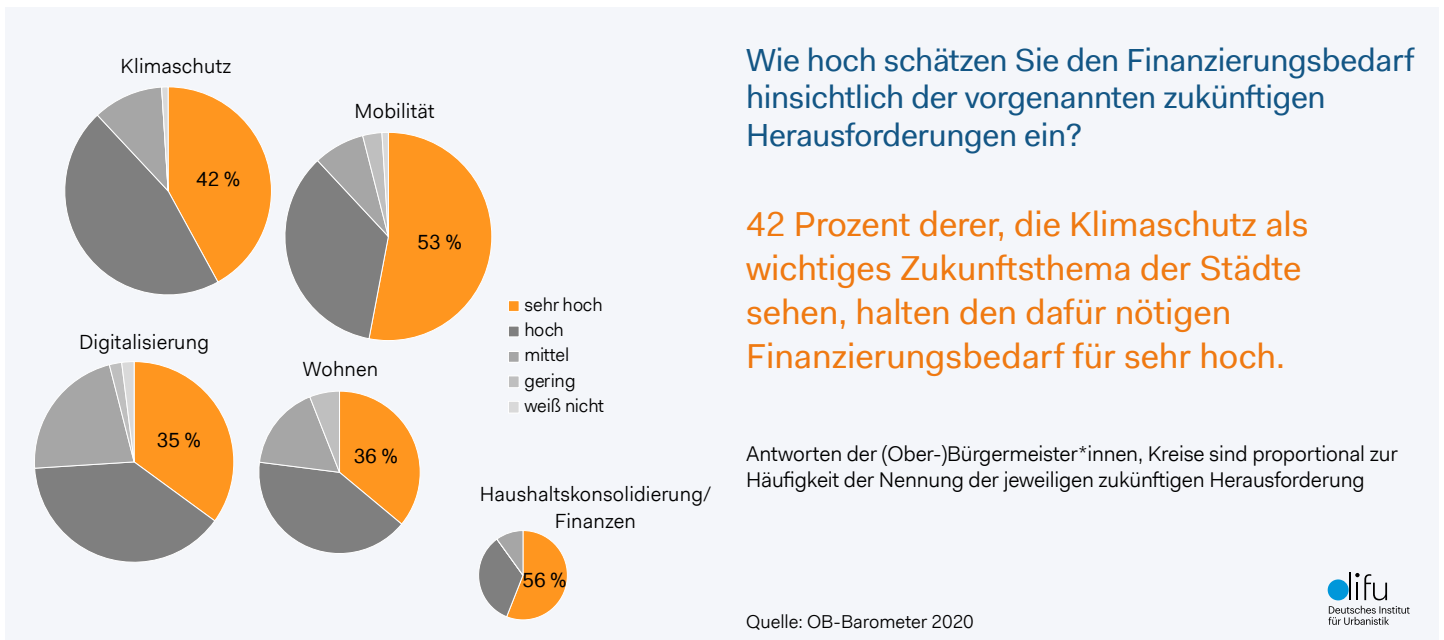
Trotz und wegen Corona: Finanzierungsbedarf für Zukunftsaufgaben bleibt

Gleichwohl haben sich die Finanzierungsbedarfe für die von den Stadtspitzen benannten Zukunftsaufgaben trotz und auch wegen Corona nicht verringert (Grafik 3). Wenn etwa vor der Pandemie fast zwei Drittel der (Ober-)Bürgermeister*innen das Themenbündel „Energiepolitik, Klimaschutz, Klimawandel, Klimaanpassung, Naturschutz“ (hier kurz: „Klimaschutz“) auf der Agenda der kommunalpolitisch wichtigen Zukunftsfelder sehen, dann kann dieser Befund auch nach Abflauen der Krise nicht gegenstandslos sein. Damit bleiben auch die notwendigen Finanzbedarfe zur Bewältigung dieser Aufgaben bestehen. Über die Gesamtheit der Städte hinweg ist insbesondere mit den Aufgabenbündeln Mobilität und Klimaschutz ein hoher Finanzierungsbedarf verbunden. Fast 90 % derjenigen, für die dies jeweils zentrale Zukunftsthemen sind, gehen davon aus, hier auch große oder sehr große Investitionen tätigen zu müssen. Für jede einzelne Stadt gestaltet sich die Situation unterschiedlich. So haben beispielsweise hoch verschuldete Kommunen unverändert die Herausforderung, überhaupt ihre Kernaufgaben bewältigen zu können und nur sehr beschränkte Möglichkeiten, notwendige Zukunftsinvestitionen zu tätigen. In solchen Kommunen führen bei der Frage nach ihren Finanzierungsbedarfen immer noch die Aufgabe der Haushaltskonsolidierung und die dafür notwendigen Finanzmittel die Rangliste an (56 %).

In welchen Bereichen müssen die Rahmenbedingungen für Kommunen verbessert werden?

Auch hier gilt wieder: Zwischenzeitlich sind die Einschätzungen der Stadtspitzen im „OB-Barometer“ durch die im Zusammenhang mit der Corona-Krise entstandenen wahrgenommenen Unterstützungsbedarfe überlagert. Gleichwohl bleiben Mobilität, Finanzen, Digitalisierung und Wohnen weiterhin die Topthemen, bei denen sich die Städte grundsätzlich verbesserte Rahmenbedingungen von EU, Bund und Ländern wünschen. Der Wunsch nach verbesserten Rahmenbedingungen korrespondiert im Wesentlichen mit den zukünftigen Herausforderungen: Dort, wo die Städte wichtige Zukunftsaufgaben bewältigen müssen, signalisieren die (Ober-)Bürgermeister*innen den größten Unterstützungsbedarf durch Länder, Bund oder EU. Dieser verbesserte Handlungsrahmen betrifft etwa die Gesetzgebung, die Fördermittel oder andere finanzielle Unterstützungen. Beim Klimaschutz – die am häufigsten genannte Zukunftsaufgabe – gibt es allerdings eine bemerkenswerte Ausnahme: Die korrespondierende Umweltpolitik taucht bei der Verbesserung der Rahmenbedingungen erst an sechster Stelle auf (hat jedoch gegenüber den Vorjahren in puncto Relevanz einen großen Sprung gemacht). Das mag insbesondere daran liegen, dass sich hinter der kurzen Überschrift „Klimaschutz“ das Themenbündel „Energiepolitik, Klimaschutz, Klimawandel, Klimaanpassung, Naturschutz“ verbirgt und hier viele unterschiedliche

Grafik 3



Politikbereiche gefragt sind, um Rahmenbedingungen zu verbessern. Ohne mutige Ansätze etwa auch in der Verkehrspolitik, der Wirtschaftspolitik, der Finanzpolitik und nicht zuletzt auch in der Schaffung adäquater Rahmenbedingungen für kommunale Unternehmen kann der Klimaschutz nicht wirklich an Fahrt gewinnen.

Informationen zum OB-Barometer

Das OB-Barometer des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) ist eine jährlich durchgeführte Befragung der (Ober-)Bürgermeister*innen der deutschen Städte ab 50.000 Einwohner*innen. Sie wird vom Deutschen Städtetag und vom Deutschen Städte- und Gemeindebund unterstützt und hat zum Ziel, anhand von vier Fragen frühzeitig Veränderungen in diversen kommunalen Handlungsfeldern sichtbar werden zu lassen. Die Ergebnisse basieren auf einer repräsentativen telefonischen Befragung, die im Januar/Februar 2020 vom Meinungsforschungsinstitut infratest dimap durchgeführt wurde. 138 der 191 eingeladenen (Ober-)Bürgermeister*innen (bzw. 11 stellvertretende Personen) beteiligten sich. Dies entspricht der überdurchschnittlichen Teilnahmequote von 72 %.

Ansprechpartner OB-Barometer:

Prof. Dr. Carsten Kühl, +49 30 39001-214, kuehl@difu.de
Dr. Busso Grabow, +49 30 39001-248, grabow@difu.de
Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Zimmerstraße 13–15, 10969 Berlin

Weitere Informationen und vertiefte Analysen zur Befragung unter www.difu.de/OB-Barometer

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) ist mit seinen rund 190 Beschäftigten das größte Stadtforschungsinstitut im deutschsprachigen Raum. Ob Stadt- und Regionalentwicklung, kommunale Wirtschaft, Kommunalfinanzen, Städtebau, soziale Themen, Umwelt, Verkehr, Kultur, Recht oder Verwaltungsthemen: Das 1973 gegründete, unabhängige in Berlin und Köln ansässige Institut beschäftigt sich praxisorientiert mit allen Aufgaben, die Kommunen heute und in Zukunft zu bewältigen haben.